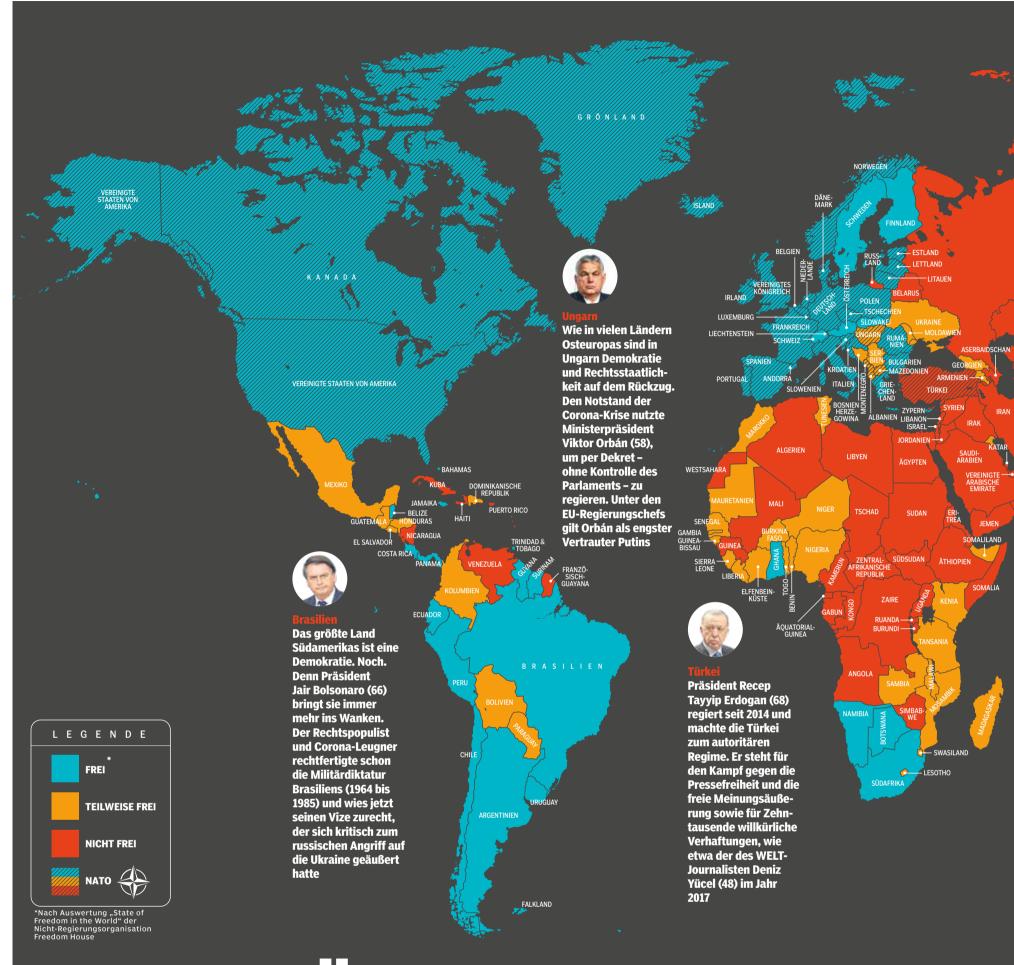
### +++ Putins Überfall auf die Ukraine +++ Krieg



# NER GEHÖRT EIGENTLICH ZUR

Putin greift nicht nur die Ukraine allein an, sondern den gesamten Westen.

VON B. ENGEL UND V. WEINL

So sahen das in den vergangenen Tagen Kommentatoren weltweit. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk (46), sprach von einem "Vernichtungskrieg gegen die ganze freie Welt".

Aber was ist das überhaupt:

die westliche, die freie Welt?

Es ist "die liberale Demokratie", sagt der Berliner Historiker Prof. Paul Nolte (58). "Das westliche Wertebündnis wird durch die liberalen Demokratien und das, was sie ausmacht, zusammengehalten: Grundrechte, freie Wahlen, Parlamente."

Es sei nicht, wie viele annehmen, der Kapitalismus. "Dieser funktioniert auch ohne Demokratie", sagt Nolte mit Blick auf Chi-

na. Auch das Christentum sei kein essenzieller Bestand-

Australien oder Neuseeland gefühlt zum Westen und seinen Werten.

Die Farben der Weltkarte auf dieser Seite beruhen auf Analysen der Nichtregierungs-Organisation Freedom House. Sie zeigt Länder Demokraliberalen tien blau eingefärbt, nur teilweise freiheitliche Länder in Orange und gänzlich unfreie Länder, wie etwa die Diktatur in China, in Rot. Schon der Augenschein macht deutlich: Die Freiheit ist bedroht.

Auch der diese Woche veröffentlichte Bertelsmann Transformationsindex (BTI), der die politische Entwicklung von 137 Ländern untersucht, schlägt Alarm: Weltweit steht die Demokratie unter Druck, die Zahl der autoritären Regimes nimmt zu. Der Bericht stuft nun beispielsweise sieben weitere Länder in Afrika (u. a. Mali und Nigeria) nicht mehr als Demokratien, sondern als Autokratien ein.

Bertelsmann-Historiker Dr. Hauke Hartmann (56) spricht gegenüber BamS entsprechend von einem "sinkenden Demokratieni-

teil des westlichen Wertebündnisses. "Viel wichtiger, und das würde ich zum Kern der liberalen Demokratien hinzuzählen, ist die Religionsfreiheit." Deshalb gehören für uns auch Länder im Osten wie Japan,

OK von Schluss



## WESTLICHEN WELT?

veau weltweit". Diese Tendenz sei durch die Auswirkungen der Pandemie beschleunigt worden. Man beobachte Rückschritte in Demokratien, "die wir vor zehn Jahren noch als stabil eingeordnet haben, insbesondere Brasilien, Indien, Polen, Serbien und Ungarn". Den größten politischen Niedergang aller untersuchten Länder habe die Türkei gemacht.

Wie bedrohlich der Verlust der Freiheit ist, zeigt Russland. "2012 hatte unser Index Russland noch

unter den Demokratien geführt – wenn auch als sehr instabile, stark defekte Demokratie", sagt Hartmann. Ist eine Demokratie dann erst mal beschädigt, kann es schnell bergab gehen.

Der Historiker und Osteuropa-Experte Prof. Martin Schulte Wessel (60) ist sogar überzeugt, dass Russlands Präsident Putin die Freiheit in der Welt mehr fürchtet als die Waffen der Nato-Staaten: "Bedrohlich für Putins Russland ist die Idee des unabhängigen demokratischen Nationalstaats, wie ihn die Ukraine unmittelbar an der Grenze zu Russland verkörpert. Die Ideen nationaler Unabhängigkeit und liberaler Demokratie passen nicht zu den imperialen Kategorien des 19. Jahrhunderts, in denen Putin noch verhaftet ist."

Was lehrt uns also der Blick in die Geschichte und auf das Schrumpfen der westlichen Werte? Historiker Nolte: "Alles muss neu erkämpft und immer wieder robust verteidigt werden."



#### Die Schweiz bleibt Liebling von Putins Super-Reichen

Auf der ganzen Welt haben Staaten mit harten Sanktionen auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert – die EU, die USA, Großbritannien, selbst Japan und Australien. Nur auf die Schweiz kann sich Putins Machtund Geldelite weiter verlassen.

Die Schweiz **lehnt Sanktionen** gegen Russland ab, russische Vermögen werden nicht eingefroren, Einreiseverbote werden nicht verhängt. Wer auf der EU-Sanktionsliste steht, kann weiter in aller Ruhe nach Zürich fliegen und Konten und Schließfächer leer räumen. Dabei landen in der kleinen Schweiz, die unter der Flagge der Neutralität schon immer gern Geschäfte auch mit Despoten, Diktatoren und Oligarchen gemacht hat, jährlich bis zu zehn Milliarden Dollar (Quelle: "Swissinfo").

Fast ein Drittel aller im Ausland geparkten russischen Vermögen liegt in der Schweiz. Und: 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels laufen über die Schweiz.

Vor allem kleinere, diskrete Privatban-ken sind bei Putins Oligarchen beliebt - und verdienen sich dabei eine goldene Nase. Zwar gibt es auch in der Schweizer Regierung, dem Bundesrat, an dem alle größeren Parteien beteiligt sind, Stimmen, die für Sanktionen sind.

Aber vor allem die weit rechts stehende Schweizer Volkspartei (SVP) lehnt Sanktionen gegen Putins Russland kategorisch ab.

Die Schweizer Zeitung "Blick" fragt fassungslos: "Was muss passieren, bis unsere Regierung Haltung zeigt? Müssen russische Panzer vor Rorschach stehen, bevor die Vermögen von Putins **Entourage einge**froren werden?" Unter dem Segel der Neutralität hatte die Schweiz schon im **Zweiten Weltkrieg** keine Position gezeigt, wurde zum Hauptumschlagplatz für Gold, das die Nazis geraubt oder aus den Gebissen ermordeter Juden gezogen hatten.

### Grünen-Chef Nouripour kritisiert "neutrale" Türkei

Mit Beginn des russischen Angriffs rückt auch die **Durchfahrt der** türkischen Meerden Blickpunkt. **Die Verbindung am** Bosporus ist für **Russland wichtig:** Vor allem zwischen dem russischen Militärstützpunkt Tartus in Syrien und dem Schwarzen Meer gibt es einen regen Austausch.

USA /DDP, BEATA ZAWRZEL/IMAGO IMAGES/NURPHOTO,

GRAFIK: RAFAL PIEKARSKI, FOTOS: MATEUS BONOMI/AGIF/DDP/SIP

Die Türkei hat jedoch eine Bitte der Ukraine zur Schlie-Bung der Meerenge abgelehnt.

Grünen-Chef Omid Nouripour kritisiert dafür den Nato-Partner:



dass die Türkei die Meerenge für russische Kriegsschiffe nicht sperrt. In dieser strategisch wichtigen Region geht es um die Sicherheit Europas und aller Verbündeten."

..Es ist verstörend.

Russland hat

im Schwarzen
Meer einen großen
Teil seiner Flotte
stationiert, von
dort gehen auch
Angriffe auf die
Ukraine aus. "Dass
das Nato-Mitglied
Türkei jetzt "neutral' spielt, hilft nur
dem Kreml", so der
Grünen-Chef. uhu